Wyk auf Föhr, 09. November 2026

PRESSEMITTEILUNG

Inseln und Halligen fordern verlässliche Zusagen von der Landespolitik
Spitzenpolitiker zur Landtagswahl 2027 stellten sich den Fragen der Insel- und Halligkonferenz

Auf ihrer Mitgliederversammlung in Kampen hat die Insel- und Halligkonferenz e.V. (IHKo) ihre Kernforderungen an die künftige Landespolitik vorgetragen. Auf dem Podium diskutierten Dr. Ulf Kämpfer (SPD), Sybilla Nitsch (SSW), Cornelia Schmachtenberg (CDU) und Christopher Vogt (FDP). Aminata Touré (Bündnis90/Die Grünen) hatte kurzfristig abgesagt. In drei Gesprächsrunden ging es um Erneuerbare Energien und medizinische Notfallversorgung, um Dauer-, Ferien- und Zweitwohnraum sowie um den Küstenschutz. Moderiert wurden die Runden im Wechsel von Heidi Braun (Vorsitzende), Frank Zahel (stellvertretender Vorsitzender) und den weiteren Vorstandsmitgliedern Elke Dethlefsen, Ruth Hartwig-Kruse, Kai Müller und Thorsten Pollmann.



Die Podiumsgäste der Gespräche zu den Chancen und Herausforderungen für die Insel- und Halligwelt (Kai Müller, Cornelia Schmachtenberg, Ruth Hartwig-Kruse, Dr. Ulf Kämpfer, Sybilla Nitsch, Elke Dethlefsen, Manfred Uekermann, Heidi Braun, Thorsten Pollmann, Frank Zahel, Christopher Vogt (v.l.) (Foto: Insel- und Halligkonferenz e.V. Natalie Eckelt)

Verantwortlich für diesen Pressetext: Natalie Eckelt, Insel- und Halligkonferenz e.V. | Hafenstr. 23 | D-25938 Wyk auf Föhr| Telefon 04681 - 3468 | mobil 0151 – 50670488 | E-Mail: eckelt@inselundhalligkonferenz.de | Die Insel- und Halligkonferenz finden Sie im Internet unter: www.inselundhalligkonferenz.de

Erneuerbare Energien und Wärmewende: Inseln dürfen nicht außen vor bleiben

Rund 63 Prozent des Energieverbrauchs auf den nordfriesischen Inseln, Halligen und Helgoland entfallen auf Wärme – die Wärmewende ist damit der größte Hebel, das fossile Zeitalter zu beenden. Doch der Landesentwicklungsplan Wind hält die Inseln und Halligen weitgehend frei von Windenergie, selbst ein Repowering auf Pellworm und Föhr ist nicht möglich. „Der Einsatz regenerativer Energien ist für uns eine Überlebensfrage“, betonte die Vorsitzende Heidi Braun. Die IHKo fordert, den Landesentwicklungsplan zu ändern und die Inseln und Halligen beim Ausbau Erneuerbarer Energien und beim Repowern zu unterstützen.

Dr. Ulf Kämpfer hielt den Landesentwicklungsplan für nicht immer passend. Christopher Vogt begrüßte die Bereitschaft, den Kommunen mehr Spielraum zu geben und den Plan anzugehen. Cornelia Schmachtenberg plädierte für eine schlankere Landesplanung mit klaren, verlässlichen Vorgaben. Sybilla Nitsch dafür, Ausnahmen für Inseln und Halligen von Anfang an mitzudenken. Den Entwurf des EEG 2027 kritisierten alle vier: die Energiewende in Nordfriesland dürfe nicht ausgebremst werden.

Bei der Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung brachte Kämpfer ein Leasing- oder Contracting-Modell für Wärmepumpen ins Spiel. Nitsch forderte, das Land solle den Kommunen nicht nur Modellprojekte vorschlagen, sondern auch Mittel an die Hand geben. Schmachtenberg verwies auf Technologieoffenheit und konkrete Projekte vor Ort, Vogt darauf, dass die Insellage berücksichtigt werden müsse.

Krankenhausreform: Notfallversorgung auf den Inseln erhalten

Große Sorgen bereitet der IHKo die medizinische Grund- und Notfallversorgung. Die Krankenhausreform beachte die insulare Lage nicht; gefordert wird der Erhalt der wohnortnahen Krankenhaus- und Notfallversorgung auf den Inseln. Zuvor hatten bereits das Amt Föhr-Amrum, Amtsvorsteherin Heidi Braun und die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in einem Brief an Gesundheitsministerin Prof. Dr. Kerstin von der Decken eine inselspezifische Lösung für die Inselklinik Föhr-Amrum gefordert.

Für Helgoland betonte Thorsten Pollmann, dass die Insel witterungsbedingt immer öfter nicht erreichbar sei. Bei rund 1.500 Einwohnerinnen und Einwohnern und etwa 300.000 Gästen im Jahr müsse die Chirurgie zugesagt und finanziell unterstützt werden.

Vogt will bei den Kapazitäten nicht nur die Einwohner-, sondern auch die Gästezahlen berücksichtigen und hielt Notaufnahme und Chirurgie für wichtig. Schmachtenberg nannte eine 24/7-Vorsorge auf den Inseln wichtig, verwies aber auf den bundesgesetzlichen Rahmen. Nitsch widersprach dem bloßen Verweis auf den Bund: Das Land stehe in der Verantwortung, und es brauche gegebenenfalls zusätzliches Geld für insulare Sonderfälle. Kämpfer hielt die Argumente für nachvollziehbar, vermisste eine Folgenabschätzung und regte eine Ausnahmeregelung nach SGB V an, gegebenenfalls mit saisonalen Unterschieden.

Wohnraum: Land und Kreise sollen die Gemeinden unterstützen

Bezahlbarer Dauerwohnraum ist Voraussetzung dafür, dass Arbeitskräfte und Familien auf den Inseln und Halligen leben können. Zugleich ist der Tourismus die Lebensader der Wirtschaft, doch viele Ferienwohnungen sind rechtlich unsicher: Kai Müller berichtet am Beispiel Wenningstedt-Braderup auf Sylt, dass dort sind nach Zahlen von 2024 rund 85 Prozent bauplanungsrechtlich ungenehmigt sind, auf ganz Sylt wurde seither nur ein einziger B-Plan verabschiedet. Elke Dethlefsen betont, dass die Gemeinden bereits sehr aktiv sind, aber alleine vor sehr komplexen Strukturen stehen. Die IHKo appelliert an das Land, den Prozess zentral zu

Verantwortlich für diesen Pressetext: Natalie Eckelt, Insel- und Halligkonferenz e.V. | Hafenstr. 23 | D-25938 Wyk auf Föhr| Telefon 04681 - 3468 | mobil 0151 – 50670488 | E-Mail: eckelt@inselundhalligkonferenz.de | Die Insel- und Halligkonferenz finden Sie im Internet unter: www.inselundhalligkonferenz.de

moderieren und zu leiten, rechtliche Werkzeuge vorab zu klären, Best Practices zu prüfen, gesetzliche Lösungen zu untersuchen und ein abgestimmtes Vorgehen der Kreise zu erreichen. Schmachtenberg sah die Rechtssicherheit primär über B-Pläne in der Entscheidung der Gemeinden. Vogt widersprach: Die Aufgabe liege bei Land und Kreis, die den Gemeinden eine gemeinsame Strategie geben sollten, unter anderem mit Stichtagsregelungen. Nitsch unterstrich den Appell der IHKo und betonte, viele kleine Kommunen könnten nicht alle B-Pläne überarbeiten. Kämpfer forderte klare Regeln – weder alles zu verbieten noch alles zu legalisieren – und mahnte, die Vermietung von Ferienwohnraum dürfe nicht mehr einbringen als die von Dauerwohnraum.

Küstenschutz: Zeit läuft davon

Die Inseln und Halligen sind die Wellenbrecher der Nordsee, doch Planung und Bau von Deichen und Warftverstärkungen dauern zu lange, um mit dem Meeresspiegelanstieg Schritt zu halten. Die IHKo fordert neben mehr Tempo bei Planung und Bau, die dauerhafte Finanzierung des Küstenschutzes, den Erhalt der Pegelinfrastruktur und Ausnahmen von Ausgleichs- und Kohärenzmaßnahmen bei Küstenschutzvorhaben. Frank Zahel erläutert, dass bei den Pegelmessungen, der Grundlage aller Sturmflutvorhersagen, durch Kürzungen beim Bund Qualitätsverluste drohen. Kämpfer, Nitsch und Vogt unterstützten die Resolution der IHKo; Schmachtenberg verwies darauf, dass Pegelmessungen Aufgabe des Bundes seien. Nitsch hielt es dennoch für wichtig, dass sich auch das Land dafür einsetzt.

Beim Konflikt zwischen Küstenschutz und Naturschutz erklärte Schmachtenberg, Küstenschutz gehe vor Naturschutz, Ausgleich lasse sich über Ökopunkte erbringen. Vogt forderte Pragmatismus; Deichbau habe Vorrang. Kämpfer nannte Ökopunkte ein gutes Instrument, würdigte den Generalplan Küstenschutz als Erfolg und sprach sich für schnellere Entscheidungen aus. Nitsch sah forderte, alle Maßnahmen zum Erhalt der Inseln und Halligen von Ausgleichsmaßnahmen auszunehmen. Ruth Hartwig-Kruse machte deutlich, dass Ausgleich für Maßnahmen verlangt werde, die Natur und Menschen schützen.

Heidi Braun fasst den Tag zusammen, „bei unseren Zielen fühlen wir uns weitestgehend positiv unterstützt. Allerdings machen uns die unterschiedlichen Auffassungen über die Ausgestaltung und die Zuständigkeiten Sorgen. Das macht es uns nicht einfacher, die Daseinsvorsorge auf den Inseln und Halligen zu sichern; und zwar pragmatisch und dauerhaft für jetzige und zukünftige Generationen."

Verantwortlich für diesen Pressetext: Natalie Eckelt, Insel- und Halligkonferenz e.V. | Hafenstr. 23 | D-25938 Wyk auf Föhr| Telefon 04681 - 3468 | mobil 0151 – 50670488 | E-Mail: eckelt@inselundhalligkonferenz.de | Die Insel- und Halligkonferenz finden Sie im Internet unter: www.inselundhalligkonferenz.de